



Der internationale Bodensee-Friedensweg

Jahresbericht 2016

Inhalt

Jahresbericht 2016 des Präsidenten Ruedi Tobler	3
..... Die UNO lanciert die Agenda 2030	
Der Internationale Bodensee-Friedensweg	6
..... Ein Rückblick von Arne Engeli	
Weitere Aktivitäten 2016	9
..... Rüstungsinitiative, Ostermärsche, Friedenskalender 2017	
Bericht von einem Freiwilligeneinsatz	12
..... Virpi Luoma aus Finnland	
Die FRIEDENSZEITUNG im 2016	14
..... Umfangreicher und aktueller	
Jahresbericht 2016 der Kampagne gegen Kleinwaffen	16
..... Vor einem neuen Waffengesetz-Referendum?	
Anliegen des Friedensrates	21
..... Legate und Newsletter	
Der Small Arms Survey 2016	22
..... Waffen und die Welt	
Publikationen des SFR	24

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich

Tel. +41 (0)44 242 93 21

info@friedensrat.ch – www.friedensrat.ch

PC-Konto 80-35870-1

FRIEDENSZEITUNG

Die vierteljährliche
friedenspolitische Zeitschrift



Die Kampagne
gegen Kleinwaffen

Impressum

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Zürich, Februar 2017, Fr. 10.–

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt

Beiträge von Ruedi Tobler, Jenny Heeb, Virpi Luoma,

Francine Perret, Arne Engeli, Small Arms Survey

Titelbild: Arne Engeli am Friedensweg am Bodensee

Bilder: Peter Weishaupt, Small Arms Survey, AI

Korrektorat: Liliane Studer

Druck: ropress Druck, Zürich

Auflage: 2000 Ex.



Mit 70 Aufbruch zu neuen Ufern: Die UNO lanciert die Agenda 2030

Von Ruedi Tobler, Präsident des Schweizerischen Friedensrates

Unser Jubiläumsjahr 2015 hatte ganz im Zeichen von 70 Jahren UNO gestanden, mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen, die den letzten Jahresbericht geprägt haben. Aus ihm ist statt eines Rechenschaftsberichts mehr eine Reflexion über die UNO und das verpatzte Verhältnis der Schweiz zu ihr geworden. Im letzten Jahr ist eine Rückkehr zur «Normalität» erfolgt. Wir mussten unsere Aktivitäten deutlich reduzieren, sowohl aus Kapazitäts- wie aus finanziellen Gründen. Trotzdem blieb die UNO im Zentrum unserer Arbeit. Nicht nur weil der Sicherheitsrat weiterhin von Vetomächten blockiert wird in den bedeutendsten Kriegsgebieten – und damit die Zahl der Flüchtlinge weltweit immer noch zunimmt. Sondern auch aus einem erfreulichen Grund. Im Herbst 2015 hat die UNO-Generalversammlung die Agenda 2030 verabschiedet, die seit dem letzten Jahr die Millenniumsziele abgelöst hat. Waren diese noch einseitig auf die Entwicklungsländer fokussiert, so richten sich die 17 Ziele der Agenda 2030 an die Staatengemeinschaft insgesamt.

Dem Frieden ist insbesondere Ziel 16 «Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen»

gewidmet. Deshalb fiel es uns nicht schwer, unsere Jahresversammlung am 20. Mai 2016 diesem Thema zu widmen. Gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Friedensförderung KOFF haben wir in Bern ein Expertenpanel organisiert, unter der Leitung von Sidonia Gabriel, Direktorin des KOFF, an dem neben unserem Geschäftsleiter Peter Weishaupt Marcel Stössel, Senior Advisor – Fragility, Conflict, Violence bei der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit), und Eva Schmassmann, Leiterin Entwicklungspolitik bei der entwicklungspolitischen Alliance sud teilgenommen haben. Sowohl Marcel Stössel wie Eva Schmassmann waren bei der Schlussdiskussion und Verabschiedung der Agenda 2030 in New York mit dabei gewesen und konnten interessante Einblicke in die Debat-

ten auf UNO-Ebene geben. Es war diese eine der ersten grösseren öffentlichen Veranstaltungen zur Agenda 2030 in der Schweiz. Danach haben wir der Agenda 2030 im Juni einen vierseitigen Schwerpunkt in der **FRIEDENSZEITUNG** Nummer 17 gewidmet.

Für die interessierten Schweizer NGO hat Alliance sud in Zusammen-



Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Kern der Agenda 2030 ist die Notwendigkeit, friedliche und inklusive Gesellschaften zu fördern, die auf der Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und transparenten, leistungsfähigen und rechenschaftspflichtigen Institutionen gründen. Einige Regionen haben in den letzten Jahrzehnten mehr Frieden und Sicherheit auf Dauer erreicht. Aber vielerorts halten Gewalt und bewaffnete Konflikte hartnäckig an, und zu viele Menschen werden von schwachen Institutionen unzureichend unterstützt und sind ohne Zugang zur Justiz, zu Informationen und zu anderen Grundfreiheiten. Es laufen Anstrengungen, nationale und internationale Institutionen leistungsfähiger, inklusiver und transparenter zu machen. In mehr als der Hälfte aller Länder gibt es international anerkannte Menschenrechtsinstitutionen. Aber noch immer bestehen erhebliche Probleme, etwa ein Mangel an Daten über Gewalt gegen Kinder und andere schwache Gruppen, den Zugang zur Justiz und den öffentlichen Zugang zu Informationen.



arbeit mit Gewerkschaftsbund, Umweltallianz und KOFF eine erste Konferenz am 18. Oktober in Bern organisiert, an der uns Peter Weisshaupt vertreten hat. Es zeigte sich grosses Interesse an einer längerfristigen Zusammenarbeit und der Agenda 2030 als Arbeitsinstrument in der schweizerischen Politik. Wir sind also bei weitem nicht die einzigen, die am Thema dranbleiben wollen.

Nein zum Willkürstaat à la SVP

2016 begann mit einem politischen Knalleffekt. Am 28. Februar wurde die «Durchsetzungsinitiative» der SVP mit 58,9 Prozent Nein-Stimmen abgeschmettert, dies nach einer einmaligen Gegenkampagne, getragen vor allem von Jungen. Wir haben uns auch mit einer Stellungnahme beteiligt, unter dem Titel «Nein zur Durchsetzung des Willkürstaates – Nein zur Zwängerinitiative der SVP». Für einmal hat der Anstand die politische Hetze in die Schranken zu weisen vermocht. Ein Stück weit wiederholt hat sich dies bei der Abstimmung über das SVP-Referendum gegen die Asylgesetzrevision, die am 5. Juni mit 66,8 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde. Zwar gab es im Vorfeld kurz eine Diskussion über die Haltung der Asylbewegung zur Revision, die – wie der indirekte Gegenvorschlag zur Durchsetzungsinitiative auch – problematische Elemente enthielt. Aber in der grossen Mehrheit waren wir uns einig, dass die Ablehnung auf Kosten der Asylsuchenden ginge und nur der SVP in die Hände spielen würde. Und diese war anscheinend nicht auf eine Vollkonfrontation aus. Ob sie eine Gegenmobilisierung wie Anfang Jahr vermeiden wollte, oder ob die Vielzahl von Vorlagen – es kamen drei Volksinitiativen und zwei Referenden zur Abstimmung – sie zur Zurückhaltung veranlasste, spielt letztlich keine Rolle.

In unserem Kommentar zur Februarabstimmung hatten wir gewarnt, «es braucht mehr als eine Ohrfeige für die SVP» (FRIEDENSZEITUNG 16/16). Das erleben wir zu Beginn von 2017 in nicht mehr zu überbietender Deutlichkeit. Die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation, die während dem Versand dieses

Berichts zur Abstimmung kommt, schien noch nach der parlamentarischen Behandlung keine hohen Wellen zu werfen. Und als die Abstimmung zusammen mit dem NAF (Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr) und der Unternehmenssteuerreform III angesetzt wurde, schien es klar, dass es kaum zu einer öffentlichen Kontroverse kommen werde. Weit gefehlt, mit einer Hasskampagne – einmal mehr mit dem Feindbild Islam und der Burka – beschwört die SVP den Untergang des Vaterlandes. Wurde sie beflügelt durch den Erfolg von Blocher-Nachahmer Donald Trump? Das Ziel ist klar, die Zerstörung des «inneren Friedens» der Schweiz – und das ausgerechnet im Gedenkjahr 600 Jahre Bruder Klaus.

20 Jahre Zivildienst – breit anerkannt

Am 1. Juli konnte im freiburgischen Schwarzsee das neue gesamtschweizerische Ausbildungszentrum für Zivildienstleistende eingeweiht werden. Dies ergab den Anlass für die offizielle Feier zum 20-jährigen Jubiläum des Zivildienstes. Die breite Palette der offiziell geladenen Gäste von ehemaligen Militärverweigerern bis zum Brigadier, aktiven und ehemaligen Bundesparlamentariern und die Festrede von Bundespräsident Johann Schneider-Ammann zeigten auf, wie breit anerkannt der Zivildienst heute ist. Besondere Bedeutung hatte der Anlass für den Kanton Freiburg, dessen Regierung in corpore anwesend war. Die überflüssig gewordene Kaserne und die gleichzeitig ausbleibenden Feriengruppen aus Belgien stellten die Region vor ein massives Problem, das der Kanton dank einer Initiative von Staatsrat Erwin Jutzet als Chance nutzen konnte. Das Gelände wurde renoviert und ausgebaut zum Zivildienstausbildungs-, Sport- und Freizeitzentrum. Dank dem revidierten Zivildienstgesetz, das auf den 1. Juli 2016 in Kraft getreten ist, erhalten alle Zivildienstler nun ihre Grundausbildung und allfällige Weiterbildungen im Campus Schwarzsee. Wir alten ehemaligen Militärverweigerer konnten nur sagen, jung müsste man nochmals sein...



So anerkannt, breit verankert und erfolgreich der Zivildienst ist, unbestritten ist er nach wie vor nicht. Entgegen der Haltung des Bundesrates haben sowohl der abtretende wie der neue Armeechef völlig faktenwidrig den Zivildienst als Problem für die Armee bezeichnet. Gestützt werden sie durch die «Stahlhelmfraktion» in der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates – die in Schwarzsee durch Abwesenheit glänzte. Am liebsten würde sie wohl den Zivildienst wieder abschaffen und sie wird nicht müde, immer wieder zu versuchen, dem Zivildienst Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Der letzte ist eine Motion von Januar 2017, mit der sie verlangt, die Vollzugsstelle des Zivildienstes sei vom WBF (Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung) ins VBS «umzusiedeln».

Nicht zuletzt wegen dieser Obstruktionspolitik kann sich der Zivildienstverband CIVIVA nicht darauf konzentrieren, sich für eine gedeihliche Weiterentwicklung des Zivildienstes einzusetzen, sondern muss immer wieder für seine Existenzberechtigung und seinen gesellschaftlichen Stellenwert einstehen.

Eritrea liegt in Schwarzafrika

Seit vielen Jahren ist die Asylpolitik gegenüber Eritrea umstritten, in mehreren europäischen Ländern und ganz besonders in der Schweiz. Der SVP, aber auch gewissen bürgerlichen Politikern ist jeder Vorwand willkommen, um das Asylrecht für Eritreer einzuschränken. Sie schlagen in den Wind, dass der UNO-Menschenrechtsrat eine Sonderbeauftragte und eine Untersuchungskommission für Eritrea einsetzen musste, die in mehreren Berichten die mehr als nur desolate Menschenrechtslage dokumentiert haben. Die offensichtliche Faktenlage hindert die Rechtsbürgerlichen nicht daran, für eine härtere Asylpolitik Druck zu machen – obwohl das Regime in Eritrea «linksrevolutionär» ist. Da müssten Flüchtlinge doch eigentlich willkommen sein, wie seinerzeit aus Ungarn oder der Tschechoslowakei. Aber der Unterschied ist, dass aus Eritrea Schwarze kommen. Das ist der tiefere Grund, warum sie unwillkommen sind. Sind es nicht die gleichen Kreise, die seinerzeit die Apartheid bis zuletzt gestützt haben, die möglichst keine Eritreer ins Land lassen wollen?

Der internationale Bodensee-Friedensweg

Der Politologe Arne Engeli (geb. 1936), von 1971 bis 1991 Leiter des Tagungszentrums Schloss Wartensee, 1993 bis 2001 Programmbeauftragter des Heks für das ehemalige Jugoslawien, seit Jahren engagiert in Friedensfragen, ehemaliger Präsident des SFR, koordinierte den Bodensee-Friedensweg von 2009 bis 2016. Für den SFR-Jahresbericht blickt er auf sein Wirken für die Nachfolge der einstigen Bodensee-Ostermärsche zurück.

«Von der Kriegslogik zu einer Friedenskultur – unser Weg» heisst das Motto des diesjährigen Internationalen Bodensee-Friedensweges am Ostermontag, 17. April 2017, in Friedrichshafen (BRD). Redner auf dem Adenauer-Platz ist Andreas Zumach, den die LeserInnen der **FRIEDENSZEITUNG** ja bestens als versierten Journalisten in internationalen Fragen ken-

nen. Erwartet werden aufgrund der Erfahrungen in Romanshorn im letzten Jahr 800 Friedensfreundinnen und -freunde.

Drei Besonderheiten des Friedensweges

Der Bodensee-Friedensweg ist grenzüberschreitend und findet abwechselungsweise in einer Stadt am deutschen, österreichischen oder Schweizer Ufer statt. Schon in der Vorbereitung arbeiten engagierte Menschen aus diesem Dreiländereck zusammen und suchen nach gemeinsamen Themen. Auf dem Friedensweg und in der Mittagspause kommt man dann leicht mit Mitwandernden aus den verschiedenen Ländern ins Gespräch.

Vor der zentralen Kundgebung begibt man sich auf einen mehrstündigen Weg kreuz und quer durch die Stadt, unterstützt von Musikgruppen, trägt Fahnen und Transparente mit, macht an drei Stationen Halt und hört dort jeweils einer kürzeren Rede zu, was erlaubt, auch andere Themen einzubringen, demnächst in Friedrichshafen zu Rüstungskonversion, zivilen Konfliktlösungen, Europa und die Solidarität mit Menschen in der Osttürkei.

Der Friedensweg ist breit abgestützt: Über 80 Organisationen aus den drei Ländern laden zu diesem Friedensweg ein: Friedens-, Menschenrechts- und Ökogruppen, Gewerkschaften und linke Parteien, kirchliche und ökumenische Vereine, auch einzelne Pfarreien. Mit ihren Beiträgen finanzieren diese Gruppen den Anlass, sodass die Kollekte unter den TeilnehmerInnen bisher einer humanitären Organisation als Zeichen der Solidarität überwiesen werden konnte. Grösster Beitragsgeber ist die kirchliche Erwachsenenbildung der Evang.-Reformierten Kirche des Kantons St. Gallen. Der Förderverein Bodensee-Friedensweg, der ein bescheidenes Vermögen verwaltet, übernimmt das Defizit.

Die Friedenswege der letzten Jahre

2009 im St. Galler Rheintal:

Couragiert – damals und heute

2010 im Appenzeller Vorderland:

Krieg und Flucht

2011 in Rorschach:

Fremde werden einheimisch

2012 von Arbon nach Friedrichshafen:

Rüstungsfreie Zone Bodensee

2013 von Konstanz nach Kreuzlingen:

Bettelarm und reich – weltweit und bei uns

2014 in Lindau:

Krieg ächten – Frieden schaffen

2015 in Bregenz am Friedensufer:

Krieg ächten – Frieden schaffen

2016 in Romanshorn:

Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten

Was wollen wir mit diesem alljährlichen Friedensweg?

Wir wollen unserer Empörung über den schrecklichen Zustand der Welt Ausdruck geben, über die zunehmende Gleichgültigkeit dem Elend gegenüber, auch unserer Sorge über den Raubbau an der Natur.

Wir wollen gemeinsam ausrufen: So darf es nicht weitergehen! Wir glauben daran: Eine andere Welt ist möglich. Dafür wollen wir uns weiterhin einsetzen und einander Mut machen dazu, Mut zu einem solidarischen Lebensstil und zu einem gesellschaftlichen Engagement.

Wir sind überzeugt: «Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten!» Nach all den Erfahrungen der letzten hundert Jahre wissen wir: Kriegsvorbereitungen führen zu Krieg. Konflikte müssen ohne Gewalt gelöst werden können. Dazu geben uns die Reden Impulse, letztes Jahr rund um das Thema «Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten».

Für mich gibt es keinen Grund, der einen Krieg rechtfertigen würde. Das ist meine Überzeugung, die ich als Programmbeauftragter des Heks im ehemaligen Jugoslawien gewonnen habe. Kriege richten irreparable Schäden an. Häuser können wieder aufgebaut werden, Traumata bei Menschen lassen sich nicht so einfach heilen, Generationen sind zurückgeworfen. Konflikte müssen früh ernst genommen und einer Lösung zugeführt werden.

Zusammengefasst: Wir als Friedensbewegung sagen laut NEIN zu zerstörerischen Entwicklungen. Wir sagen JA zu politischen Vorstössen, die zu mehr Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung führen. Und wir setzen in unserem eigenen Umfeld ein persönliches Zeichen für das, was wir als gesellschaftliches Ziel anstreben.

Rückblick auf frühere Friedenswege

Die Geschichte der Ostermärsche beginnt in den 1950er-Jahren in Grossbritannien. Beim ersten Marsch 1958 demonstrierten 10'000 Menschen vor dem Atomforschungsinstitut in London gegen atomare Aufrüstung. 1963 fand

WER WAFEN SÄT, WIRD FLÜCHTLINGE ERNTEN!



INTERNATIONALER BODENSEE-FRIEDENSWEG IN DER HAFENSTADT ROMANSHORN OSTERMONTAG, 28. MÄRZ 2016, 10:30 – 15:30 Uhr

10:30 Begrüssung auf dem Bahnhofplatz

11:00 Tagesstätte Betula: Achtung vor dem Menschen

11:45 Evang. Kirche: 30 Jahre nach Tschernobyl, 5 Jahre nach Fukushima

12:30 altes Zollhaus am Hafen:

Nein zu TTIP+TISA und zur Ausbeutung durch Konzerne

13:00 Kath. Kirche:

- Türen auf für Flüchtlinge!
- Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten!

14:00 Verpflegung: Suppe, Brot, Getränke.

14:45 bis 15:30 Zum Abschluss: Gesprächsrunden

- Melinda Nadj Abonji und Ulrich Tilgner
- Aya Domenig (mit Filmausschnitten)
- Jochen Kelter

Zeitangaben: können etwas variieren!

Programm: www.bodensee-friedensweg.org



der erste Ostermarsch in der Schweiz statt, von Lausanne nach Genf, gegen die geplante Atombewaffnung der Schweiz. 1982 nahm ich am ersten Ostermarsch im Dreyeckland Basel teil, wir protestierten gegen die Stationierung von Atomraketen in Deutschland. Die Angst vor einem Atomkrieg trieb damals Tausende auf die Strasse.

Den ersten Ostermarsch in der Bodensee-region organisierten wir 1984 in Lindau (BRD). Thema: «Radeln für den Frieden – lieber Rad-aktiv als Radioaktiv», mit Robert Jungk, Till Bastian und Ursula Brunner als RednerInnen. Bis 2004 fanden weitere 13 Bodensee-Ostermärsche statt. Nach einer Pause nahm ich 2009 zusammen mit anderen Friedensbewegten einen neuen Anlauf, zuerst auf Schweizer Seite, dann im Bodensee-Dreiländereck. Weil die ersten Anlässe nicht an Ostern stattfanden, nannten wir sie Friedensweg. Die Teilnehmerzahl stieg von Jahr zu Jahr, zunehmend sind auch Familien und jüngere Leute dabei.

Thema Flüchtlinge

Die Themen der Friedenswege 2009 bis 2011 waren den Flüchtlingen und den Migranten gewidmet: Wir erinnerten an der Grenze am Alten Rhein an den Fluchthelfer Paul Grüninger, Polizeikommandant in St. Gallen, Rednerinnen waren u.a. Grüningers Tochter Ruth Roduner und alt Bundesrätin Ruth Dreyfuss. Das Jahr darauf wanderten wir im Appenzeller Vorderland zu den Wirkungsstätten von Flüchtlingspfarrer Paul Vogt, Flüchtlingsmutter Gertrud Kurz, Friedensnobelpreisträger Henri Dunant und seiner vertrauten Posthalterin Catharina Sturzenegger. Dieser Weg wird demnächst am 25. März 2017 als ausgeschilderter Friedensweg offiziell eröffnet. Der Bodensee-Friedensweg beteiligte sich auch an den Kundgebungen der letzten Jahre zum UNO-Weltfriedenstag im September in St. Gallen und stellte sich hinter die Forderung, die Schweiz solle 100'000 Flüchtlinge aufnehmen.

Im dritten Jahr besuchten wir ermutigende Integrationsmodelle in Rorschach, eine Stadt mit fast 50 Prozent AusländerInnen, sprachen in einem Brief an den Stadtrat aber auch an, was ein nächster Schritt sein sollte: eine Möglichkeit zu schaffen für eine politische Beteiligung. 2013 war eine Station beim Bundes-Empfangszentrum für Asylsuchende in Kreuzlingen, eine andere Station war vor dem Bankgebäude der UBS und dort der Initiative gegen Spekulation mit Lebensmitteln gewidmet.

Rüstungsfreie Zone Bodensee

Rund um das «Schwäbische Meer» werden in 16 Betrieben tödliche Waffen und Rüstungsgüter hergestellt. 2012 forderten wir vor den Rüstungsbetrieben in Steinach TG und in Friedrichshafen eine rüstungsfreie Zone Bodensee, mit alt-Nationalrat Josef Lang und Rüstungsexperte Jürgen Grässlin als Referenten. «Krieg ächten – Frieden schaffen» formulierten wir in den folgenden Jahren in Lindau und Bregenz, und letztes Jahr ging es in Romanshorn um «Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten» – ein Satz, der vom Nahostexperten

Ulrich Tilgner mit eindringlichen Fakten untermauert wurde.

Nun habe ich die Koordination in die Hände von Frieder Fahrbach in Lindau legen können. Ich bin noch weiterhin in der «Spurgruppe» dabei. Ich freue mich, dass der Bodensee-Friedensweg uns auch in Zukunft über alle Grenzen zusammenführen wird, uns ermutigt, dran-zubleiben und uns Impulse gibt, wie statt der gängigen Kriegslogik eine Friedenskultur geschaffen werden kann. *Arne Engeli*

Echos von TeilnehmerInnen

«Was für ein Geschenk heute in Romanshorn. Die vielen Leute, vor allem die gehaltvollen Reden – nicht nur Proklamationen, sondern Anregendes, Neues, sogar für den Alltag, für mein Verhalten, für das bessere Verständnis. Jede Station mit einer eigenen Farbe und einer Person mit Ausstrahlung und Engagement. Dann der geschickt gewählte Weg, das wohldurchdachte Programm... einfach nur toll».

«Für mich war's das erste Mal. Ich erhielt viele neue Zusatzinfos und -argumente. Es ist wichtig, dass mehr und mehr Menschen die Zusammenhänge verstehen lernen. Bei mir löste der Tag ein vertiefteres Wahrnehmen der eigenen Mitverantwortung aus. Aber auch eine grössere Ohnmacht. Wie können wir mit so viel Negativem umgehen?»

«Ich habe es genossen, mit all den vielen, von guten Mächten bewegten Menschen unterwegs zu sein. Wie viele andere auch, ging ich gestärkt von dannen. Herzlichen Dank für diesen so tröstlichen Tag in dieser heutigen Welt!»

Weitere Aktivitäten 2016

Zimmerwalder und Kientaler Tagung

Das 100-jährige ‚Jubiläum‘ des Ersten Weltkriegs hat neben einer Unmenge von historischen Büchern auch zu etlichen Tagungen und Konferenzen zu Friedensfragen der damaligen Zeit geführt. Bereits im Vorfeld des Kriegsbeginns von 1914 wurde Ende November 2012 des grossen Basler Friedenskongresses der linken Parteien Europas vom 24. November 1912 mit Gedenkfeiern, Kongressen und Buchpublikationen gedacht (siehe **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 2 vom September 2012). Zwei weitere Treffen linker Kriegsgegner Anfang September 1915 in Zimmerwald und Ende April 1916 in Kiental nahm die Robert-Grimm-Gesellschaft zum Anlass des Gedenkens – mit Tagungen, Diskussionen und Ausstellungen.

Dabei wurden am 4. und 5. September 2015 in Bern zu «100 Jahre Zimmerwalder Konferenz» nicht nur an deren historische Manifeste erinnert, sondern auch eine aktuelle friedenspolitische Positionsbestimmung unter dem Titel «Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit» gesucht. Sie wurde nicht nur von der SP Schweiz, sondern auch von pazifistischen Gruppierungen wie dem SFR oder den Frauen für den Frieden getragen. Der Friedensrat beteiligte sich auch an einem Workshop bei der Folgetagung «Mut für den Frieden» vom 22. bis 24. April 2016 im einstigen Ferienparadies Kiental.

Obwohl die Bemühungen der engagierten Präsidentin der Robert-Grimm-Gesellschaft, der Zürcher Kantonsrätin Monika Wicki, um eine neue Einheit der Friedensbewegung wenig Früchte trug, fanden sich Frauengruppen unter Führung von kurdischen Aktivistinnen zu gemeinsamen Aktivitäten gegen die türkische Unterdrückungspolitik unter Erdogan, die sich im Laufe des Jahres, nicht nur gegen die kurdische Bevölkerung, dramatisch verstärken sollte.

Rüstungsfinanzierungsinitiative

Voraussichtlich Mitte April 2017 startet die Unterschriftensammlung für die von der GSoA initiierte Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsgeschäften». Damit sollen Schweizer Finanzakteuren Investitionen in die Rüstungsindustrie verboten werden: Schweizer Geld soll nicht länger zur Finanzierung von Kriegsmaterial und somit zur Unterstützung von Kriegen weltweit missbraucht werden. Konkret soll mit der Initiative Pensionskassen, der Schweizerischen Nationalbank und Stiftungen jegliche Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten verboten werden. Zudem wird der Bund be-

100 Jahre Kientaler Friedenskonferenz

Veranstaltungen 22.–24. April 2016



auftrag, sinngleiche Bedingungen für Banken und Versicherungen zu fördern. Wir hätten es zwar lieber gesehen, wenn sich die neue Rüstungsfinanzierungsinitiative auf die Finanzierung verbotener Waffen konzentriert hätte, haben uns aber trotzdem entschlossen, aktiv an der Unterschriftensammlung zu beteiligen. Unser Vorstandsmitglied Maria Ackermann nahm dazu Einsitz ins Initiativkomitee. Wir werden den Bogen der **FRIEDENSZEITUNG** vom kommenden Juni beilegen.

Menschenstrom 2016

Aktiv beteiligten wir uns auch am grossen «Menschenstrom gegen Atom» vom 19. Juni in Windisch/Brugg, der unter der Forderung «Jetzt Beznau stilllegen» ein starkes Zeichen für den Abstimmungskampf für die Volksinitiative «JA zum geordneten Atomausstieg» setzen sollte. Neben einem Infostand und einem Einsatz auf der Veranstaltungsbühne an diesem Tag engagierten wir uns auch in entsprechenden Regionalkomitees für den rascheren Atomausstieg. Dieser wurde jedoch am 27. November vom Stimmvolk abgelehnt – was keine Abkehr vom Ausstieg bedeutete, sondern nur ein Vertrauen in den längerdauernden Prozess.

Ostermärsche in Romanshorn und Bern

Ob es durchs gute Wetter oder durch die andauernde Auseinandersetzung um die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa und der Schweiz befördert war – die traditionellen Märsche am Ostermontag, 28. März, bei denen die Flüchtlingspolitik im Vordergrund standen, verzeichneten eine seit Jahren nicht mehr erreichte Beteiligung. Während der 14. Ostermarsch in Bern wie jedes Jahr vom Eichholz an der Aare auf den Münsterplatz führte, versammelten sich in der Ostschweiz über 800 Leute am Bahnhof Romanshorn zum bereits achten internationalen Bodensee-Friedensweg. Beide Veranstaltungen riefen dazu auf, Geflüchtete in der Schweiz unbürokratisch aufzunehmen und kritisierten die Ausfuhr von Waffen in die nahöstliche Krisenregion, die zur Flucht von

Menschen beitragen. Insbesondere der Nahostexperte Ulrich Tilgner prangerte an der Abschlussveranstaltung in der katholischen Kirche Romanshorn die Rüstungslobby an, die zu politischen Katastrophen ausserhalb Europas beitragen: «Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten». Der im historischen Vergleich lange Frieden in Europa habe einen Preis, den die Europäer heute zahlen müssten. Die Terroranschläge von Brüssel und Paris seien Teil einer «Kette des Irrsinns», für den der Westen mitverantwortlich sei. Zum Friedensweg am Bodensee hatten mehr als 50 kirchliche, soziale, gewerkschaftliche und friedenspolitische Organisationen aus der Schweiz, Österreich, Deutschland und Liechtenstein aufgerufen. Unter anderem zählen Amnesty International, der Schweizerische Friedensrat und Pax Christi zu den Trägern. *Peter Weishaupt*

Besuch beim Lausanner CENAC

Unser Vorstandsmitglied Jenny Heeb nahm am 31. Mai 2016 an der Generalversammlung des «Centre pour l'action non-violente» Cenac in Lausanne teil: «Die Versammlung setzte sich vornehmlich aus älteren männlichen Mitgliedern zusammen. Eine Studentin, arbeitet als Teilzeitangestellte auf dem Sekretariat. Sie machte auf mich einen sehr dynamischen Eindruck. Ich wünsche ihr viel Erfolg und hoffe, sie findet junge Leute, die sie in ihrem Tatendrang unterstützen. Einige Vorstandsmitglieder und der Präsident haben an der Versammlung ihren Rücktritt bekanntgegeben, ohne dass neue Gremienmitglieder gefunden wurden.

Dann wurde berichtet, dass das Projekt «Reden wir über den Rassismus» erfolgreich war und viele junge Leute daran teilgenommen haben. Die Hauptaktivität des CENAC besteht darin, Kurse zur gewaltlosen Konfliktbewältigung auf privater sowie auf öffentlicher Ebene anzubieten. Ich habe Grüsse des Friedensrates überbracht. Eine Zusammenarbeit zwischen uns und dem CENAC gibt es momentan nicht, aber es ist wichtig, dass ein Kontakt zwischen beiden Organisationen bestehen bleibt.» *Jenny Heeb*

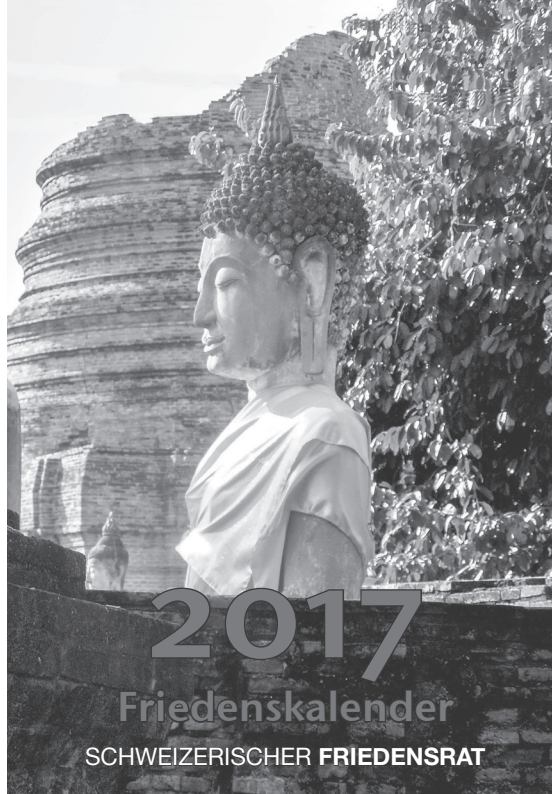
Friedenskalender 2017 zu Thailand

Zum 21. Mal erschien Ende 2016 der Postkarten-Friedenskalender des Schweizerischen Friedensrates mit den beliebten Kartensujets, dieses Mal aus dem Reiseland Thailand. Die Fotos stammen von Stephanie Anderegg, Michel Grandi, Rico Danuser und mir. Dank Sponsoren, die auch im vergangenen Jahr gewonnen werden konnten, lassen sich die Druckkosten des Kalenders decken. Die finanziellen Beiträge unserer Spenderinnen und Spender, unserer Mitglieder und AbonnentInnen helfen wesentlich mit, das Budget des Friedensrates auszugleichen, wofür wir herzlich danken.

Im November 2015 hatte ich die Gelegenheit, den Norden Thailands und Laos zu bereisen. Diese Reise, in deren Zentrum der «Elefant» stand, hat uns nicht nur durch die tiefe Religiosität der ThailänderInnen und ihre Freundlichkeit, Lebenslust und Herzlichkeit beeindruckt, sondern auch gezeigt, wie schwierig das Zusammenleben zwischen den Menschen und den Elefanten ist. Bodo Förster, ein langjähriger engagierter Tierschützer und Elefantenkenner, war Mitorganisator dieser besonderen Reise. Dank ihm hatten wir die Gelegenheit, viel über den Elefanten und einen artgerechten Umgang mit dem Tier zu erfahren. Die Elefantenpopulation hat seit 1900 drastisch abgenommen, von über 100'000 Tieren ist sie bis heute auf knapp 2000 frei lebende und 2000 domestizierte Tiere gesunken.

Drei Beiträge in der September-Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** – als inhaltliche Ergänzung zum Friedenskalender gedacht – gaben Einblick in ein Land, das viele nur als Feriendestination kennen: Der Schweizer Daniel Kestenholz, seit vielen Jahren als Journalist mit dem Land vertraut, berichtete über die politische Lage und deren mögliche Entwicklung. In einem Interview gab der deutsche Journalist und Thailand-Kenner Nick Kostitz, der den rot-gelben Konflikt seit 2005 vor Ort verfolgt, detailliert Auskunft über dessen Hintergründe und Perspektiven. Ausführlich wird weiter das SympathieMagazin «Thailand verstehen» vorgestellt.

Francine Perret



Der IPB-Kongress in Berlin

Das Internationale Friedensbüro (International Peace Bureau IPB) hat vom 30. September bis zum 3. Oktober in der Technischen Universität Berlin eines seiner alle drei Jahre stattfindenden Welttreffen unter dem Motto «Für ein Klima des Friedens» durchgeführt, an dem auch wir beteiligt waren. Als jahrzehntelanges Mitglied des IPB, das sozusagen die pazifistische Internationale verkörpert, sind wir am Gedeihen unseres Dachverbandes, der bereits in den Jahren 1891/92 gegründet wurde und dem über 300 Mitgliedsorganisationen in 70 Ländern angehören, sehr interessiert. Das IPB hat in Genf seinen Sitz, spielt eine zentrale Rolle im NGO-Komitee für Abrüstung der UNO und verfügt über Ableger in New York und Wien. An der Tagung wurde ein umfangreiches Aktionsprogramm für Abrüstung für die nächsten Jahre verabschiedet. (pw)

Bericht von einem Freiwilligeneinsatz

Zum zweiten Mal hat eine junge Freiwillige im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes EVS (European Voluntary Service) der EU für ein Jahr vom März 2016 bis Ende Februar 2017 beim Friedensrat in Zürich einen Einsatz geleistet. Die Finnin Virpi Luoma berichtet nachfolgend über ihre Arbeit.

Als ich die Ausschreibung eines Freiwilligeneinsatzes beim SFR zum ersten Mal sah, war ich sofort interessiert. Ich hatte eine solche Aufgabe gesucht, bei der ich Neues über Menschenrechte, Medienarbeit und NGO-Tätigkeiten lernen konnte. In Zeiten einer unruhigen Weltlage bot der Schweizerische Friedensrat mir auch eine willkommene Möglichkeit, mich für Friedensarbeit zu engagieren.

Interviews und Zeitungsrecherchen

Meine Aufgaben hatten viel zu tun mit Kommunikation, wie sie in einer solchen Organisation täglich anfällt, und Bürotätigkeiten. Die redaktionelle Mitarbeit bei der **FRIEDENSZEITUNG** war eine der interessantesten Aufgaben. Dank Peter Weishaupts Beratung und Unterstützung habe ich viel Neues über Bildverarbeitung und Layouten gelernt und wie ich diese Kenntnisse in der Praxis anwenden kann. Bei den Interviews, die ich für die **FRIEDENSZEITUNG** durchführte, und bei den Recherchen für die Artikel lernte ich andere NGOs und Leute aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit kennen.

Für die Juni-Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** schrieb ich einen Beitrag zum Thema «Versöhnungsdialo g in Ruanda». Ich sprach mit der ruandischen Menschenrechtsaktivistin und Juristin Justine Mbabazi über ihre Erfahrungen mit der Übergangsjustiz bei der Konfliktbewältigung nach dem Genozid 1994. Das war eines der besten Erlebnisse beim Friedensrat, haben mich ihre Erfahrungen und Anleitungen doch sehr angesprochen. Zur Vorbereitung des Interviews recherchierte ich zur

Entwicklungsarbeit in Ruanda und zu den Hintergründen des Genozids.

Um die Rolle von Archiven und Geschichtsforschung zur Konfliktlösung näher zu beleuchten, recherchierte ich in Finnland und in der Schweiz. Auch machte ich mich mit den Empfehlungen der UNESCO für die Erhaltung des Weltkulturerbes bekannt und lernte einiges über die internationale Zusammenarbeit bei Menschenrechtsarchiven. Ausserdem führte ich ein Telefoninterview mit Rinna Kullaa, einer finnischen Professorin, die während der Jugoslawienkriege in den dortigen Archiven gearbeitet hatte und zur Zeit des Interviews als Gastdozentin am Centre d'histoire de Sciences Po in Paris lehrte. Die Inspiration für diesen Artikel kam aus dem Experten-Panel zum Thema «Sichere Häfen für gefährdete Archive», das ich besucht hatte. Besonders spannend war für mich zu sehen, wie viel die Schweiz und Finnland im Rahmen dieser Zusammenarbeit mit anderen Ländern geleistet haben und leisten.

Für die Dezember-Ausgabe schrieb ich einen Artikel über therapeutische Arbeit im Kongo und in Bosnien-Herzegowina. Im Fokus standen Frauen und Kinder nach den Kriegswirren. Das Thema brauchte umfassende Recherchen. Zum Glück bekam ich Unterstützung und viele Infos von Amica Schweiz und den lokalen Amica-Gruppen in Bosnien-Herzegowina sowie von der Trauma Healing and Creative Arts Coalition THAC aus dem Kongo. Deren Erfahrungen halfen mir sehr, den Artikel zu schreiben.

Unbedingt erwähnenswert ist meine Konferenzreise nach Berlin. Im Auftrag des SFR besuchte ich die Buchveröffentlichung und das Symposium «Education for Change: Combining History Learning and Human Rights Education in Formal, Non-Formal and Higher Education» in Berlin Ende September 2016. An der Veranstaltung wurde über Menschenrechtsbildung und Geschichtsunterricht diskutiert. Wie kann man aus der Geschichte lernen, um eine Veränderung hin zu einem besseren Leben zu erreichen? Was braucht

man, um ein aktiver Bürger / eine aktive Bürgerin zu sein? Experten und Expertinnen aus Menschenrechtsinstitutionen, Lernanstalten und Museen waren anwesend, um Antworten auf diese Fragen zu suchen und zusammen mit dem Publikum zu diskutieren.

Gartenhof-Netzwerk kennenlernen

Als ich Anfang April 2016 in die Schweiz kam, waren meine mangelhaften Deutschkenntnisse eine meiner grössten Herausforderungen. Ich hatte zwar im Gymnasium und an der Uni Deutsch gelernt, aber trotzdem musste ich vieles wiederholen und vor allem schnell neue Wörter kennenlernen. Von Beginn an war es mein Ziel, so wenig wie möglich Englisch zu sprechen. Jetzt kann ich mit gutem Gefühl sagen, dass mein Sprung in die deutschsprachige Schweiz meine Sprachkenntnisse schnell verbessert haben. Ich bin dem Friedensrat sehr dankbar, dass er mich in meinem Deutsch-Studium unterstützt und geduldig meine Deutschfehler korrigierte.

Beim Friedensrat habe ich gelernt, dass Friedensarbeit konstante Zusammenarbeit ist. Man braucht verschiedene Organisationen und Menschen, um einen Einfluss in der Gesellschaft haben. Oft habe ich zusammen mit den Friedensrats-Vorstandsmitgliedern Jenny

Heeb, Maria Ackermann und Francine Perret die SFR-Infostände bei verschiedenen Veranstaltungen aufgebaut. Ich erinnere mich noch an das erste Mal bei der Kundgebung «Menschenstrom gegen Atom» am 19. Juni in Brugg. Trotz des heftigen Regens machte die Zusammenarbeit für eine nachhaltige Zukunft viel Spass! Weiter nahm ich an der Kundgebung zum UNO-Friedenstag am 17. September in St. Gallen und am «Besser leben»-Festival vom 5. November in Bern teil. Im Rahmen dieser Werbung für unsere Aktivitäten hatte ich die Chance, viele friedensinteressierte Menschen und Organisationen kennenzulernen.

Es war sehr interessant zu erkennen, wie das Netzwerk hinter dem Friedensrat wirkt. Und je mehr man über Geschichte und Hintergrund des Netzwerks weiss, desto besser kann man gesellschaftliche Herausforderungen, Einflusskraft und Arbeitsweise verstehen. Das sehe ich auch als Entwicklungsmöglichkeiten für die kommende Friedensarbeit. So ist das anlaufende Buchprojekt über die Geschichte der Friedensarbeit an der Gartenhofstrasse 7 sehr spannend. Ich danke ich allen MitarbeiterInnen des Friedensrates, denen ich begegnet bin, herzlich für dieses Jahr. Danke für die Beratungen, die Gespräche und die Zeit, die wir gemeinsam verbracht haben. Ich hoffe, sie alle hier oder dort wieder zu sehen!



Die FRIEDENSZEITUNG im 2016

Im März 2017 erscheint die 20. Ausgabe unserer vor viereinhalb Jahren neukonzipierten **FRIEDENSZEITUNG**. Letztes Jahr gaben wir im bisherigen Rahmen vier Nummern heraus, wobei die letzten beiden mit 32 Seiten vom üblichen Umfang von 24 Seiten abwichen. «Eine Chance auf Frieden in Syrien?» fragte unser UNO-Korrespondent in Genf, Andreas Zumach, in der März-Ausgabe 2016. Damals hielt er eine Dreiteilung Syriens für möglich, einen Rumpfstaat unter Assad im Westen, ein Gebiet entlang der Grenze zur Türkei östlich von Aleppo in kurdischen Händen und etwa die Hälfte Syriens vom Islamischen Staat und den Rebellengruppen dominiert. In der letzten Ausgabe vom Dezember 2016 forderte angesichts des Versagens des UNO-Sicherheitsrates, dass die Generalversammlung der UNO das Heft für eine Friedenslösung in Syrien in die Hand nehmen sollte.

In der März-Nummer begannen wir auch eine Serie zu Friedensfrauen zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Als erste wurde die engagierte Posthalterin von Wolfhalden AR, Catharina Sturzenegger, Autorin einer «Schweizerge-schichte aus pazifistischer Sicht» porträtiert. In der Juni-Ausgabe folgte mit der Chemikerin Gertrud Woker eine frühe Warnerin vor den Gefahren eines chemischen und atomaren Krieges. Ebenfalls zur damaligen Zeit gehört die deutsche Künstlerin Käthe Kollwitz, die im Dezember gewürdigt wurde.

Über die Netzwerke am Gartenhof

Mit einem Gespräch mit der ruandischen Friedensaktivistin Justine Mbazizi hatte in der Juni-Nummer unsere im Rahmen eines Freiwilligen-Einsatzprogrammes arbeitende finnische Historikerin Virpi Luoma ihren Einstand (siehe

FRIEDENSZEITUNG

NR. 16. MÄRZ 2016

- | | |
|--|--|
| 1 Eine Chance auf Frieden in Syrien? | 17 Nachruf: Willy Spieler, Politiker und Publizist |
| 6 Gefährliche Zuspitzung im Südchinesischen Meer | 18 Nachruf: Verena Bittes, Vordenkerin des SFR |
| 12 Die Rolle der Medien in Kriegskonflikten | 20 Die Waffensatzung im Jahr 2015 |
| 14 Catharina Sturzenegger, Friedensengagierter | 22 Friedensversprechungen |

Ankündigung einer Feuerpause in Syrien

Eine Chance auf Frieden in Syrien?

ist Frieden in Syrien überhaupt möglich? Bei Redaktionsschluss dieses Artikels Ende Februar 2016 konnte niemand mehr eine Hoffnung zumindest auf eine allseitige Feuerpause in Syrien seit März 2011 standig eskalierenden Krieg auf.

Andreas Zumach

Die USA und Russland hatten sich zu Modifikationen einer Waffenruhe ab 27. Februar geeinigt und die innersyrischen

schen Kriegerpartien aufgefordert, diese Vereinbarung zuzustimmen und sie auch umzusetzen. Eine Feuerpause sollte dann endlich auch der ungleichen humanitären Versorgung von 4,5 Millionen notleidenden Menschen ermöglichen, die in Städten und ländlichen Gebieten, welche zum Teil bereits seit Jahren durch die eine oder andere Kriegerpartei weitgehend oder gar vollständig von der humanitären Hilfe durch UNO-Organisationen, Medienkonferenzen und anderen überlebungsnotwendigen

tern abgeschnitten werden. (Für viele davon wird jede Hilfe zu spät kommen.) Frühere Versprechungen und Ankündigungen einer Feuerpause oder gar von Verhandlungen über eine politische Friedensordnung in Syrien wurden nie umgesetzt. Selbst der Friedensbeauftragte, der innerhalb aller am Syrienkrieg beteiligten inneren Akteure – darunter die USA, Frankreich, die Türkei und Katar sowie ebenfalls auch in den November letzten Jahres in Wien beschlossenen, blieb belang-

LE JEU DES INDIFFÉRENCES

PROFESSOR D'AZAD: DUE TWO OPPONENTS PROFESSOR D'AZAD: DUE TWO OPPONENTS PROFESSOR D'AZAD: DUE TWO OPPONENTS



PROFESSOR D'AZAD: DUE TWO OPPONENTS PROFESSOR D'AZAD: DUE TWO OPPONENTS PROFESSOR D'AZAD: DUE TWO OPPONENTS

FRIEDENSZEITUNG

NR. 17. JUNI 2016

- | | |
|--|---|
| 1 Gespräch über die Versöhnungsarbeit in Ruanda | 14 Gertrud Woker, Chemikerin, Friedenskämpferin |
| 6 Die nachhaltige UNO-Agenda 2030 und die Schweiz | 18 Sicherheit: Bericht 2016, belächelt, geplant |
| 10 Das Flüchtlingsnetzwerk am Gartenhof in den 30ern | 22 Zumach zum Nato-Gipfel in Warschau im Juli |
| 13 Aus der Friedensarbeit: SFG-GIS und Kiental | 24 Menschenstrom gegen Atom im 16. Juni in Bernau |

Die ruandische Friedens- und Menschenrechtsaktivistin Justine Mbazizi im Gespräch

Versöhnungsdialog in Ruanda

Während des 100 Tage dauernden Genozids im Jahr 1994 sind die ostafrikanische Land Ruanda im Fokus der Weltöffentlichkeit. Zwei Jahrzehnte später gilt es als Musterbeispiel für Versöhnungsarbeit. Die Justiz Asses Mbazizi spielte eine wichtige Rolle im internationalen Recht am Washington College of Law. Eine der grossen Errungenschaften Mbazizis in Ruanda ist die Einführung eines Genozidgesetzes, welches Gewalt gegen Frauen und Kinder strafbar macht. Es wurde im ruandischen Parlament im Juni 2006 einstimmig angenommen.

Wie man Männer zu etwas bringt

Wenn sich Justine Mbazizi an die Ausarbeitung des Genozidgesetzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt erinnert, unterstreicht sie die Bedeutung der Dörfer in Ruanda. «Das System in Ruanda basierte die Bevölkerung mit ein. Wir haben tatsächlich ein Parlament, das aus Dörfern besteht und sich berufen lässt, anstatt die ganze Zeit im Parlament zu sitzen. Ich weiss, erzieht Frauen und führt fort, wie die Ausarbeitung des Genozidgesetzes haben wir die Parlamentarierinnen, vor

allem Männer, dass ermutigt, mit den Menschen zu sprechen und die Dörfer selbst zu fragen, was sie von dem Gesetz halten». Die Lobbyarbeit der Frauenrechtlerinnen erforderte damals einen hohen Preis: Homosexuelle. Wenn es darum ging, für die Sache zu argumentieren, wurde den Mitgliedern des Parlaments empfohlen, die Werte Mutter, Tochter und Schwester zu verwenden. «Es ist eine wichtige Sache zu fragen, wie werden Sie sich fühlen, wenn Ihre Mutter vergewaltigt oder Ihre Schwester geschlagen wurde, als dass sie über Dörfern zu fragen. Jeder Mann wird einen Weg finden, um seine Mutter, Tochter oder Schwester zu verteidigen, aber es ist schwieriger für Männer, den gleichen Respekt für Dörfern zu verdienen», erklärt Justine. Dieses Gedankenspiel trug dazu bei, dass das Gesetz mit grosser Mehrheit angenommen wurde, ohne der stehenden Momente in weiblichen Kreisen.

Wie die Ausarbeitung und Verabschiedung des Genozidgesetzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt

Die Gleichstellung der Geschlechter nach der Beteiligung von Männern. Wenn Männer am Prozess der Gleichstellung der Geschlechter nicht beteiligt sind, wird das System lang-sam sein. Männer sind gerne an der Macht, Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG

- | |
|-----------------------------------|
| 4 Hilfe für traumatisierte Kinder |
| 10 Syrien: UNO-Sicherheitsrat |
| 12 Zweites Dossier zu Erträgen |
| 16 Jan Kerhove: Europas Hölle |

Die UNO verhandelt erstmals über

Grosserfolg

Im März 2017 kommen die Mitglieder der UNO in New York zu weiteren Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der UNO und der UNO zusammen. Laut dem Ende Oktober letzten Jahres von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten Verhandlungsmandat sollen die Verhandlungen über die Einsetzung der UNO-Verhandlungsstelle, die Stationierung von Atomwaffen in der UNO, die UNO-Territorium zu beenden, den Transport von Atomwaffen über die Land, den freien Luftverkehr und die Hoheitsgewalt zu unterstützen und sich mit anderen Bindungen mit anderen Staaten nicht mehr als Atomwaffenpolitik und -planung zu beteiligen. Das zweite Verhandlungsmandat ist für Juni 2017 ausgesetzt.

Andreas Zumach

Dass derartige Verhandlungen auf eine Ebene 72 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, der Einsatz von Atomwaffen gegen Japan (die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki) im August 1945 endlich stattfand, kann, ist ein grosser Erfolg der Friedensaktivitäten, die sich seit Jahrzehnten weltweit für die Abstreitung dieses Massenrichtungsgrafs, und dessen vollständigen Verbot engagieren, mit Österreich und anderen Demos-

ihren Bericht auf Seite 10). Mit weiteren Schwerpunkten in der September-Ausgabe («Archive – Basis für Vergangenheitsbewältigung») und Dezember-Nummer («Hilfe für traumatisierte Kindersoldaten») setzte sie neue Massstäbe in der Redaktionsarbeit. UNO-Themen wurden ebenfalls regelmässig behandelt, so in einer Übersicht über die nachhaltige UNO-Agenda 2030 im Juni oder zur ersten Überprüfungs-konferenz des Waffenhandelsvertrages ATT im September.

Bereits zum zweiten Mal fand sich im Juni auch ein Zückerchen von unseren «Gartenhof»-Recherchen (siehe den Abschnitt auf Seite 10), nach dem Beitrag über «Jane Addams und Clara Ragaz» im Dezember 2015 einer zum dorthin Flüchtlingsnetzwerk in den 1930er-Jahren, beide vom Historiker Ruedi Eppele. Wie jedes Jahr hat sich auch eingespielt, dass wir mit Hintergrundinformationen über das Thema unseres nächsten Friedenskalenders, da dort wenig Platz vorhanden ist, in der September-Ausgabe nachdoppelten, dieses Jahr über «Thailand: Quo vadis, Land der Freien?» In der März-Ausgabe haben wir ein weiteres interna-

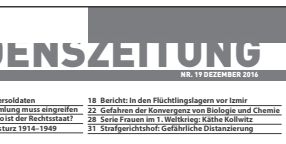
tionales Konfliktgebiet aufgegriffen, das nach der Inauguration des neuen US-Präsidenten an Aktualität gewinnen dürfte: Die gefährliche Zuspitzung im Südchinesischen Meer.

Pazifistische Glaubwürdigkeit

Ein wichtiger Beitrag war auch der Schwerpunkt des Septembers, in dem Andreas Zumach sich in «Anforderungen an einen wirksamen Pazifismus heute und morgen» mit Grundsatzfragen des Pazifismus auseinandersetzte. Er hatte auf Kontroversen in deutschen Friedenskreisen reagiert, doch nicht nur dort «mangelt es im Hinblick auf den Ukraine Konflikt an Glaubwürdigkeit», denn eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit von Pazifismus ist, den Einsatz und die Androhung militärischer Gewaltmittel ausnahmslos zu kritisieren, egal, wo und durch wen sie stattfinden». In der letzten Ausgabe des Jahres haben wir nach dem September 2015 auch ein zweites Dossier zu Eritrea publiziert («Wo ist der Rechtsstaat in Eritrea?»), ergänzt mit einem Bericht über die Flüchtlingslager vor Izmir. Das Eritrea-Dossier haben wir im Übrigen als Sonderdruck für die grosse Tagung «Blackbox Eritrea?» vom 15./16. Oktober 2016 in der Zürcher Roten Fabrik produziert.

Nicht zuletzt dank dem Einsatz von Freiwilligen wie in diesem Jahr von Virpi Luoma ist es uns gelungen, frischen Wind in die Redaktionsarbeit zu bringen. Wir wünschen uns allerdings neben der Zeitungsarbeit auch mehr Zeit in unseren Webauftritt investieren zu können. Und natürlich hätten wir gerne mehr Leserinnen und Leser unserer Zeitung. Adressen für Probeabonnemente nehmen wir gerne entgegen.

Peter Weishaupt



für die Friedensbewegung

traditionen, Kämpfungen und Petitionen an die Politikern, um Aufleben im Soldaten, die für einen eventuellen Atomkriegsrisiko warnten, wie wir den Dienst- und Befehlswortung sowie mit Blaukreuz und anderen gewählten Anlagen von Atomkraft-Inspektoren. Über die durch die Atomkraft in militärischen Anlagen und die symbolische Beschädigung von Trümmern für atomare Sprengkraft, vor allem bei der Deiter und der Plutonium-Berger, Anfang der 1980er Jahre in den vier grossen Atommächten.

Gesetztes weltweites Lobbying
In den letzten Jahren bringen sich viele Initiativen und Organisationen der Friedensbewegung an die internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (International Campaign for the abolition of nuclear weapons (ICAN)), die globale Lobbying gegenüber den Regierungen der



Differenziertes Ergebnis
Das Atomwaffenverbotsergebnis muss deutlich, dass die Lager der 34 Staaten, die entweder selbst Atomwaffen besitzen oder aber als NATO-Mitglieder an der atomaren Abschreckungspolitik und der Einsatzplanung beteiligt sind, keineswegs mehr geschlossen die Van den Haag sind. Die atomare Nichtverbreitungsgewinnung war von 1970 als legitim anerkannt

Fortsetzung Seite 2



Die Studiengruppe Dienstpflichtsystem lieferte ihren Bericht mit einer Empfehlung ab

Frauentienstplicht à la Norwegen?

Eine im Nachgang zum sechsten Jahrestag der Aufhebung der Wehrpflicht eingeleitete Studie zeigt die Probleme des heutigen Dienstpflichtsystems und stellt ein interessantes Modell einer künftigen Reform vor. Trotzdem dürfte das sogenannte Norwegen-Modell kaum Auswirkungen auf eine Realisierung haben.

1 Peter Weishaupt

Es war ein eindeutiges Atomwaffenverbot: Die am 22. September 2013 zum Entscheid gelangte Volksinitiative «zur Aufhebung der Wehrpflicht» ist eine gewaltige Mehrheit von 123 über 195 Mitgliedstaaten beschlossenen, Atomwaffenverbot aufzunehmen. 38 Länder, darunter fast sämtliche Nato-Staaten und -Partner, votierten mit Nein, in Lima, in Unter- und in der Schweiz.

Atomwaffenverbot
Daneben aber zu schweigen, die Debatte über die allgemeine Dienstpflicht ist gestandlos geworden, wie eine Tauchung. Denn die entscheidende Grösse, wie die Wehrpflicht eine Auslandsdienst, sind gebildet, ebenso dass ein

Fortsetzung Seite 2

stimmter Abstammungsgang erfolgt und die Regierung sich eine ständige dortige Abstammungsgang leisten, in der eine eine Auslandsdienst einiger Dienstverpflichtete nach eine künftige Wehrpflicht der Wehrpflicht erfolgt, und dass Parlament wie Bundesrat nach künftige Gedanken an einen Gegenwärtigen vorschweben.

Beidegründ war die Regierung aber auch nicht, sondern jedoch nach der Abstammung, eine Expertengruppe zur Überprüfung des Dienstpflichtsystems einzuweisen. Eine solche Studiengruppe nahm am 1. Mai 2014 eine der Leitung von Nationalrat Arthur Loeferle ihre Arbeit zu, sie sollte auch, vorwiegend aus Vertretern von Bundesräten, Kantonalen Regierungen und Fachkreisen sowie Armeeverbänden und weiteren Organisationen zusammen. Aus wehrpflichtrechtlichen Kriterien war eine Verringerung des Zuluident verbunden, etwa in der Person von Heiner Stager und nach einigen Regeln und Verfahren, und endlich



Fortsetzung Seite 2

16 Thailand im SFR-Friedenskalender 2017
22 Zehn Gründe gegen die neue SVP-Initiative
26 Anforderungen an einen heutzutage Pazifismus
31 20 Jahre Zuluident in der Schweiz



Jahresbericht 2016 der Kampagne gegen Kleinwaffen

ATT: Meilenstein oder Papiertiger?

Vom 22. bis 28. August 2016 trafen sich die Unterzeichnerstaaten des von der UNO-Generalversammlung am 2. April 2013 verabschiedeten Waffenhandelsabkommens ATT (Arms Trade Treaty), das am 24. Dezember 2014 in Kraft getreten war, zur ersten Überprüfungs-konferenz des Vertragswerkes in Genf. Das Abkommen, das erstmals international verbindliche Standards für die globale Kontrolle des Handels mit konventionellen Waffen und Munition setzt, verbietet u.a. Waffenlieferungen in ein Land, wenn ein grosses Risiko besteht, dass mit diesen Waffen schwere Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen begangen werden. Delegierte von über 100 Staaten, sekundierte von 60 NGOs, diskutierten vor allem die Grundlagen des noch jungen Abkommens, die noch definiert werden müssen. Zentral ist etwa die Frage, wie detailliert und transparent die Staaten jedes Jahr über ihre Waffentransfers Bericht erstatten müssen.

Der SFR beteiligte sich an einer von Amnesty International geführten Kampagne für die Umsetzung des Waffenhandelsvertrages, so mit der Teilnahme an einer Podiumsdiskussion im Vorfeld der 1.-Mai-Feiern am 29. April im Zeughaus Zürich, an einem Workshop am 12. Sozial- und Umweltforum SUFO am 28. Mai in St. Gallen sowie an einem NGO-Podium und Strassenaktionen in der letzten Augustwoche vor dem Völkerbundspalast in Genf. Denn ob

der Waffenhandelsvertrag ein Meilenstein in der weltweiten Rüstungskontrolle darstellt oder sich als zahnloser Papiertiger entpuppt, hängt ausschliesslich von dessen Umsetzung in den einzelnen Ländern ab, so auch in der Schweiz, wo der ATT am 30. April 2015 in Kraft trat. Besonders kritisierten an der Genfer Überprüfungskonferenz (wo die Schweiz das Sekretariat des ATT führt) die NGOs die anhaltenden Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, das im Jemen einen verbrecherischen Krieg führt und islamistische Milizen in Syrien mit Waffen alimentiert.

Im krassen Widerspruch zum ATT hatte der Bundesrat unter Druck des Parlamentes im April 2016 im Hinblick auf Lieferungen in den Nahen Osten eine abenteuerliche Neuauslegung der Kriegsmaterialverordnung beschlossen; seitdem dürfen wieder Waffen an Staaten geliefert werden, welche die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen, solange die exportierten Waffen nicht direkt dabei eingesetzt werden... Mit einer solchen Politik torpediert die Schweiz ihre vorbildliche Rolle, die sie als Gastgeberin des ATT in Genf einzunehmen gedachte.

Vorläufer eines eidg. Waffenregisters

Am 1. Juli 2016 hat der Bundesrat das «Bundesgesetz über Verbesserungen beim Informationsaustausch zwischen Behörden im Umgang mit Waffen» in Kraft gesetzt. Damit wurden die

rechtlichen Grundlagen für die Verbindung der kantonalen Waffenregister geschaffen – auf Initiative des Bundes und der kantonalen Polizeidirektoren. Konkret können die kantonalen Polizeibehörden neu mit einer einzigen Abfrage Informationen zu Erwerb, Besitz oder Verbleib von Feuerwaffen sowohl aus den verschiedenen kantonalen Waffenregistern als auch von der vom Bundesamt für Polizei Fedpol geführten Waffeninformationsplattform «Armada» erhalten. Damit muss eine Kantonspolizei nicht mehr langwierig jedes einzelne andere kantonale Waffenbüro anfragen, ob eine Person oder eine Feuerwaffe bei ihm registriert ist.

Das ist zwar noch nicht ein eigentliches schweizerisches Waffenregister (das die parlamentarische Waffenlobby seit Jahrzehnten zu verhindern versucht), weil längst nicht alle Waffen überhaupt registriert werden (auch hier haben National- und Ständerat vor zwei Jahren erfolgreich verhindert, dass die vor dem Stichtag vom 12. Dezember 2008 erworbenen Waffen «nachregistriert» werden müssen), bedeutet aber, dass eine derart erleichterte Waffenabfrage in der Praxis einem schweizweiten

Waffenregister nahekommt. So kann aufgrund der spezifischen Seriennummer, die in jeder legal hergestellten Waffe eingraviert oder eingelasert ist, sowohl die Waffe wie deren Besitzer zweifelsfrei identifiziert werden.

Im Weiteren werden die kantonalen Waffenbüros und die bei der Armee für die Waffenabgabe und Waffenrücknahme verantwortlichen Behörden aktiv über neue Einträge in der «Armada»-Plattform informiert. Darin verzeichnet sind Angaben über die Verweigerung und den Entzug von Bewilligungen für Personen, die sich selbst und andere gefährden können oder extremistischer Betätigungen verdächtigt werden. In einer dazugehörigen Teilrevision der Waffenverordnung wurde zusätzlich das Verbot von Munition für Faustfeuerwaffen eingeführt, die eine hohe Penetrationsleistung aufweist, da diese die Schutzwesten der Polizei zu durchschlagen vermag. Eine Anpassung der Strafprozessordnung ermöglicht es zudem Staatsanwaltschaften oder Gerichten, künftig die Armee über Personen zu informieren, die sich selbst oder andere mit einer Armeewaffe gefährden könnten.



KEINE WAFFEN FÜR KRIEGSVERBRECHEN

Das Waffenhandelsabkommen verbietet Waffenlieferungen, wenn das grosse Risiko besteht, dass mit diesen Waffen Kriegsverbrechen begangen werden.

ARMS TRADE TREATY-KONFERENZ IN GENÈVE, 22.–26. AUGUST 2016
Macht eure Versprechungen wahr!

AMNESTY
INTERNATIONAL 

Die Online-Abfrage Waffenregister

Anfang Oktober 2016 ist der zur erleichterten Waffenabfrage dazugehörige Webservice zur Vernetzung der kantonalen Waffenregister, die Online-Abfrage Waffenregister (OAWR), in Betrieb genommen worden. Gemäss Art. 32a Abs. 3 des (wieder einmal) revidierten Waffengesetzes dürfen folgende Daten abgefragt werden: die Personalien des Waffenerwerbers, die Waffenart, der Hersteller der Waffe, deren Bezeichnung, Kaliber und Waffenummer sowie das Datum der Übertragung auf den Besitzer, ausserdem die Personalien der Inhaber einer Waffentragbewilligung. Einschränkend muss aber festgehalten werden, dass nur aktuelle Daten der Waffenregister gehalten werden. Es findet kein Abgleich der in den verschiedenen Kantonen erfassten Informationen statt. Die Datenherrschaft verbleibt trotz der nationalen Vernetzung immer beim kantonalen Register, es kann die von ihm erhobenen Daten jederzeit modifizieren oder löschen.

Laut einem NZZ-Bericht vom 14.1.2017 können gemäss Markus Rösli, der bei der Kapo Zürich als Chef IT-Innovation tätig ist,

über die Online-Abfrage schweizweit rund 502'000 Waffen abgefragt werden. Erfasst seien zudem über 450'000 Waffenerwerbsvorgänge sowie fast 171'000 Waffenbesitzer. Effektiv sind die Zahlen erheblich höher, weil fünf Kantone ihre Zahlen noch nicht elektronisch abgeliefert haben. Doch bleiben diese Zahlen so oder so ungenau, da – wie bereits erwähnt – die meisten der sich in der Schweiz im Umlauf befindlichen Waffen lückenhaft oder gar nicht registriert sind, weil Waffen erst mit dem Stichtag 12.12.2008 erfasst werden. Wie viele vor diesem Datum in Umlauf waren, ist kaum zu ermitteln, da alle diesbezüglichen Annahmen lediglich auf Schätzungen beruhen. Der Bundesrat geht davon aus, dass sich insgesamt zwei Millionen Schusswaffen in schweizerischen Haushalten befinden.

Sturmgewehre für Bahnpolizisten?

Die Diskussion flammt immer wieder – insbesondere nach schweren Terrorakten – auf, ob die Bahnpolizei zum Schutz der Reisenden bewaffnet werden soll. Bisher gehören zur Ausrüstung eines Bahnpolizisten Pfeffersprays und Schlagstöcke, seit 2012 dürfen sie auch eine Pistole tragen. Bereits im April 2015 haben sich die SBB gemäss einem Artikel in der «Neuen Luzerner Zeitung» beim Bundesamt für Verkehr BAV erkundigt, ob es rechtlich möglich wäre, ihr Sicherheitspersonal auch mit Tasern, Maschinengewehren oder Sturmgewehren auszurüsten.

Das geltende Verkehrsgesetz lässt solches bisher nicht zu: «Automatische Waffen sowie die Benützung von Destabilisierungsgeräten sind ausgeschlossen», heisst es in den Erläuterungen zur Verordnung über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr. Das BAV behauptet zwar, eine diesbezügliche konkrete Anfrage habe es vonseiten der SBB nicht gegeben. Die Zeitung zitiert jedoch aus einem internen Bericht des BAV vom August 2016: «Gemäss einer Anfrage der SBB soll der Transportpolizei erlaubt werden, bei besonderer Bedrohungslage (Amokläufe, Terroranschläge) statt nur mit Pistolen nötigenfalls auch mit Langwaf-



Waffenhandel
Nationales Verbot oder internationale Kontrolle?

Eine Debatte mit Amnesty International, dem Schweizerischen Friedensrat, der GSoA und Swisspeace:

- Lewin Lempert (GSoA)
- Annemarie Sancar (KOFF/Swisspeace und WIDE)
- Patrick Walder (Amnesty International Schweiz)
- Peter Weishaupt (Schweizerischer Friedensrat)

Moderation: Rahel Ruch

Wann? Freitag, 29. April 2016, 19h
Wo? Zeughaushof, Zürich

fen auszurücken, wie dies heute z.B. bereits auf Flughäfen der Fall ist.» Dabei geht es um die Ausrüstung mit Maschinenpistolen oder Sturmgewehren (automatischen Waffen).

Die Schweizer Zug-, Bus- und Schifffahrtsunternehmen sind seit 2009 verpflichtet, für die Sicherheit ihrer Passagiere und Angestellten zu sorgen und dazu eigene Sicherheitsorgane zu unterhalten oder eine entsprechende private Sicherheitsfirma damit zu beauftragen. Im Gegensatz zu letzteren ist es Transportpolizisten erlaubt, Personen vorläufig festzunehmen oder Gegenstände zu beschlagnahmen, sie müssen sie allerdings «möglichst rasch» der Polizei übergeben. Bahnpolizisten dürfen jedoch keine Personen verhaften und in eine Zelle sperren, und sie dürfen ihre Schusswaffe nur zur Notwehr einsetzen. Der Bundesrat hat in einer Antwort auf eine ständerätliche Motion Ende November 2015 klar festgehalten, dass «die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen nicht staatliche Behörden, sondern Teil der Transportunternehmen und somit letztlich Private» seien. Wenn nun aufgrund der Sondierungen der SBB diese Maschinenpistolen oder Schnellfeuergewehre anschaffen und einsetzen wollen, wäre dies ein absolutes Novum in der Schweiz.

Der Scharfmacher Andreas Glarner

In einem Offenen Brief forderte der SFR am 5. August 2016 den Aargauer SVP-Nationalrat Andreas Glarner zum Rücktritt auf. Eine gegenüber einem Parlamentarier recht einmalige Forderung, die angesichts seiner Aufforderung zu eindeutigem Rechtsbruch allerdings durchaus angemessen war. Denn der Rechtsaussen-Fanatiker der «Volkspartei» und anderweitig als Asyl-Scharfmacher bekannte SVP-Haudegen hatte am 31. Juli in einer Sendung von Tele M1 den Vorschlag gemacht, Schweizer Waffen sollten künftig einfach ohne Kennzeichnung exportiert werden, damit man nicht nachverfolgen könne, woher sie stammten und man deshalb auch keine Probleme damit hätte.

Anlass dieser absonderlichen Äusserung waren Informationen aus einem Strafverfahren

gegen einen schweizerischen IS-Terroristen, der im Süden der Türkei mit einem Anschlag drei Menschen getötet hatte. In seinem Handgepäck hatte man vier Handgranaten gefunden, die von der Waffenschmiede Ruag im Jahre 2003 ursprünglich nach den Vereinigten Arabischen Emiraten geliefert worden waren. Die Kritik an den Rüstungslieferungen gegen die VAE, die schon früher immer wieder bei anderen Armeen oder Milizen gelandet waren, meinte Andreas Glarner damit erledigen zu können, indem einfach nicht mehr nachgewiesen werden soll, woher eine Waffe stammt.

Damit hat er nicht nur seine kaum kaschierte Sympathie für islamische Terroristen demonstriert, sondern auch einen hinterhältigen Rückenschuss abgefeuert gegen die jahrlangen Bemühungen der schweizerischen Diplomatie um die Bekämpfung des illegalen Waffenhandels, indem sie sich schwerpunktmässig für eine bessere Identifikation von Waffen einsetzte, um deren Rückverfolgung ermöglichen zu können. Glarner's Aussage war somit ein direkter Aufruf zum Rechtsbruch im Interesse von Waffenschiebern und Terroristen, zur flagranten Verletzung von internationalen Abkommen.

Selbstbedienungsladen für Terroristen

Der tunesische islamistische Attentäter Anis Amri, der am 19. Dezember 2016 in Berlin einen Lastwagen in einen Weihnachtsmarkt lenkte und dabei 12 Menschen tötete und weitere 55 schwer verletzte, benützte für die Ermordung des polnischen Fahrers des Lastzugs, den er okkupiert hatte, eine Kleinkaliber-Sportpistole des Typs Erma EP 552s .22 long rifle, deren Spur nach einer Recherche des deutschen Fernsehsenders ZDF in die Schweiz führt. Die deutschen Ermittlungsbehörden ersuchten die Schweizer Bundesanwaltschaft um Abklärung, diese aber lässt sich Zeit und hat bis zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichtes noch über nichts informiert. Es dürfte aber nahezu unmöglich sein, die Waffe zurückzuverfolgen, weil die Schweiz bekanntlich jahrzehntelang keinerlei auch nur minimale Kontrolle über den Waffenbesitz im Lande hatte.

In diesem Zusammenhang ebenfalls von Interesse ist der Herkunftsweg der von der deutschen Nazi-Zelle NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) bei ihrer Mordserie Anfang des Jahrhunderts verwendeten tschechischen Armeepistole Ceska 83, Kaliber 7,65 mm mit einem verlängerten Lauf, auf dem ein Schalldämpfer montiert werden konnte. Es hatte einige Tage gedauert, bis die deutschen Behörden diese Waffe im Brandschutt im Vorgarten der Wohnung der zurzeit seit vier Jahren immer noch vor Gericht stehenden überlebenden Anführerin der Mordtruppe, Beate Zschäpe, gefunden hatte. Zschäpe hatte am 4. November 2011 nach einem gescheiterten Banküberfall ihrer zwei Gesinnungsgenossen die gemeinsame Wohnung mit Benzin übergossen und angezündet. Nach einer Darstellung in der NZZ-Ausgabe vom 14.1.2017 waren zwei Dutzend Stück dieses Modells im Jahre 1993 von einem tschechischen Händler in die Schweiz eingeführt worden, der damals im solothurnischen Derendingen ein Waffengeschäft hatte.

2005, nach dem siebten von insgesamt neun Morden an türkisch- oder griechischstämmigen Immigranten, wurden die deutschen Fahnder in Derendingen vorstellig. Sie überprüften sämtliche Verkäufe der entsprechenden Ceska. Bei einem ehemaligen Berner Primarlehrer blieben sie hängen. Er soll die Armeepistole 1996 in einem inzwischen nicht mehr existierenden Waffengeschäft erworben haben, der Lehrer bestritt aber, die Waffe gekauft zu haben, und behauptete, jemand anders müsse dies unter seinem Namen gemacht haben. Sechs Jahre später, nach dem Fund bei Beate Zschäpe, gelang es den deutschen Fahndern, die Seriennummer der Ceska zu eruierten. Sie war zwar abgefeilt worden, doch mit einer chemischen Methode konnte sie doch noch ermittelt werden: 034678. Es war zweifelsfrei die Tatwaffe bei der Ermordung der Immigranten.

Im Laufe des Prozesses konnte der Weg der Ceska minutiös rückverfolgt werden. Er führte zunächst in eine Szenelokal für Rechts-extreme in Jena, wo unter dem Ladentisch Waffen zu bekommen waren. Ein Deutscher

gestand, die Waffe im Auftrag gekauft und an die inzwischen toten Mitglieder des NSU überbracht zu haben. Aufgrund der Angaben des Ladenbesitzers konnte der Weg der Ceska aus der Schweiz eruiert werden. Es handelte sich jeweils um Deutsche aus dem kriminellen Umfeld. Einer von ihnen verbrachte die Ferien regelmässig mit einem Schweizer, der vorübergehend in den Osten Deutschlands ausgewandert war. Dieser war ein Militärdienstkollege jenes Berner Primarlehrers, den die Fahnder bereits im Visier gehabt hatten. Er soll sich Waffenerwerbsscheine beschafft und an den Dienstkameraden verkauft haben. Und nun kommt das dicke Ende dieser Geschichte: Das Strafverfahren gegen die zwei Schweizer wurde 2014 einfach eingestellt. Begründung: Es habe ihnen kein direkter Kontakt zum NSU nachgewiesen werden können.

Neue Waffenrevision wegen der EU?

Am 20. Dezember 2016 einigten sich das Europäische Parlament und die EU-Staaten auf eine Reform der EU-Feuerwaffenrichtlinie – eine Reaktion auf die Terroranschläge von Paris vom 13. November 2015. Sie muss nun noch formell von beiden Gremien beschlossen werden. Sie enthält einen Grossteil der Vorschläge der EU-Kommission vom Dezember 2015, die SFR-Jahresbericht 2015 dokumentiert sind. Als Schengen-Mitglied ist die Schweiz dazu verpflichtet, gewisse europäische Minimalstandards zu übernehmen, weshalb sich schon jetzt eine neue Revision des Waffengesetzes abzeichnet. Gelungen ist es unserer Regierung bei den EU-Vorschlägen, eine Ausnahme für die Waffenabgabe an Soldaten am Ende der Dienstpflicht unterzubringen. Sie dürfen das immer noch, aber möglicherweise nur, wenn sie sich einem Schützenverein anschliessen. Bereits haben die ewiggestrigen Schützenkreise das Referendum angedroht. Am 25. Februar 2016 äusserte ich mich in der Forums-Sendung von Radio SRF1 dazu, zusammen mit Ex-Nationalrat Jo Lang (Grüne) gegen den Waffenlobbyisten Jakob Büchler (CVP).

Peter Weishaupt

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

In die Friedensarbeit investieren – Legate, Schenkungen oder Erbschaften für den SFR

Der SFR ist neben Mitgliederbeiträgen, Abonnementen der **FRIEDENSZEITUNG** und einmaligen wie regelmässigen Spenden für seine kontinuierliche Friedensarbeit auf zusätzliche Mittel angewiesen. Nur mit Ihrer Unterstützung können wir weiterhin wichtige friedenspolitische Themen aufgreifen, unsere Informationsarbeit weiterführen oder unser Buchprojekt über das Friedens-Zentrum Gartenhof verwirklichen.

Mit Ihrem Testament bestimmen Sie aktiv, wie Ihr Vermögen verwendet wird, und Sie können unsere Anliegen wirkungsvoll

unterstützen. Legate und Erbschaften haben eine besondere Bedeutung für uns, denn sie ermöglichen ein längerfristiges Engagement für den Frieden. Sie sind besondere Vermächtnisse, die in unserer Organisation vertraulich und respektvoll behandelt werden. Auch kleinere testamentarische Begünstigungen helfen uns, zukunftsicherer zu planen.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Wenden Sie sich an unseren Geschäftsleiter, Peter Weishaupt, Tel. 044 242 93 21, info@friedensrat.ch.

Der neue SFR-Newsletter

Mitte Dezember 2016 haben wir den ersten elektronischen Newsletter an interessierte Personen, uns nahestehende Organisationen und Medien versandt. Er soll künftig viermal im Jahr, jeweils kurz vor der neuen **FRIEDENSZEITUNG** erscheinen. Neben einem Hinweis auf Schwerpunkte der aktuellen **FRIEDENSZEITUNG**s-Ausgabe möchten wir mit dem Newsletter auch über interessante Veranstaltungen und Themen, die uns am Herzen liegen, aufmerksam machen. Davon erhoffen wir einerseits eine stärkere Bindung an unsere Mitglieder und LeserInnen, andererseits eine stärkere Präsenz in den Medien und in unserem Umfeld.

Der erste Newsletter hat ein gutes Echo gefunden. Wir würden ihn gerne an alle Interessierten versenden. Wenn Sie

Donnerstag, 22. Dezember 2016 um 17:14:45 Mitteleuropäische Normalzeit

Betreff: Von Kindersoldaten im Kongo und dem Leben in Flüchtlingslagern: Friedensrat-Update im Dezember

Datum: Mittwoch, 21. Dezember 2016 um 14:52:01 Mitteleuropäische Normalzeit

Von: Schweizer Friedensrat (gesendet von Schweizer Friedensrat <info@friedensrat.ch>)

An: pweishaupt@bluewin.ch

Freundschaftsnetzwerk für ein besseres Leben im Frieden

Abonnieren Sie unseren Newsletter!

SFR SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

SWISS PEACE COUNCIL
CONSEIL SUISSE POUR LA PAIX
CONSIGLIO SVIZZERO PER LA PACE



ihn künftig erhalten möchten, melden Sie uns doch Ihre E-Mail-Adresse.. Diese wird garantiert nur für den Newsletter und nur alle drei Monate verwendet, damit Sie sich auf die neuste Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** freuen können.

Bestellungen an info@friedensrat.ch

Herausgegeben vom Genfer Institut für internationale Studien, produziert von einem Team von Wissenschaftlern, unterstützt von einem Netzwerk von vor Ort ansässigen KollegInnen, bildet das Kleinwaffen-Jahrbuch «Small Arms Survey» mit seiner Mischung aus Information, Dokumentation und Analyse eine unentbehrliche Referenzquelle zu kleinen und leichten Waffen. Neben materialreichen Studien zu einzelnen Ländern und detaillierten Informationstabellen über die weltweite Waffenverbreitung enthält das Jahrbuch jeweils einen Themenschwerpunkt.

Der «Small Arms Survey 2015» (der aktuelle ist noch nicht erschienen) zum Thema «Waffen und die Welt» untersucht die Rolle von Waffen und damit ausgeübter Gewalt bei der Ausbeutung des Wildtierbestandes und der Rohstoffe in Afrika, wo die Wilderei an Elefanten und Nashörnern mittlerweile mit militärischen Mitteln erfolgt und sich zu einem weltumspannenden «Rohstoff-Geschäft» entwickelt hat.

Ergänzend erläutert der Bericht, wie technologische Entwicklungen eine Kennzeichnung, Registrierung und Verfolgung von Waffen beeinflussen; ebenso analysiert er den Waffenfluss nach Ägypten, Libyen und Syrien vor und nach dem Arabischen Frühling sowie die Waffenlageraktivitäten in Südosteuropa. Der Abschnitt «Bewaffnete Akteure» wirft ein Licht auf Waffen und Munition bei der Infiltration von Nord-Mali, auf den Abstieg der «Forces Démocratiques de Libération du Rwanda» oder den Einsatz von gepanzerten Amphibienfahrzeugen durch private Sicherheitsunternehmen im Indischen Ozean. Einige Beispiele:

Wilderei in Afrika

– Da die Nachfrage nach Elfenbein und Horn aller Nashörner nach wie vor hoch ist, erleben wir sowohl bei Wilderern wie Anti-Wilderer-Einsatzkräften eine wachsende Militarisierung, es kommen immer mehr Armeewaffen und aggressivere Taktiken zum Einsatz.

– Die bei der Wilderei gefundenen Feuerwaffen und Munition werden nicht systematisch identifiziert, erfasst oder verfolgt – trotz Vorteilen bei der Identifizierung von Herkunft und Handelsrouten.

– Bewaffnete Gruppierungen sind verantwortlich für Elefantenwilderei im grossen Stil, auch gibt es Vorwürfe gegen staatliche militärische Einheiten wegen Wilderei.

– Kleine Gruppen von Wilderern nehmen gelegentlich auch Herden von Elefanten und Nashörnern im Weideland, wo die Populationen dichter sind, ins Visier und töten über längere Zeit betrachtet bedeutende Bestände.

– Ohne substanzielle Reduktion der Nachfrage vermögen alle Bemühungen, die Wilderer mit bewaffneten Interventionen abzuschrecken, die Schlachtereien nur temporär, aber nicht definitiv stoppen.

Urbanisierung der Rohstoffabbauzentren

– Bemühungen, Rohstoffe kontrolliert und sicher abzubauen, können vielerlei bewaffnete Akteure inklusive Sicherheitsdienste und räuberische Gruppierungen anziehen, nicht nur auf dem Minengelände, sondern auch in den rasch wachsenden Unterhaltsarealen.

– Die schnelle Urbanisierung der Minenumgebung wird kaum von genügender öffentlicher Infrastruktur – inklusive Sicherheitsvorkehrungen – begleitet und hat zur Folge, dass Dienstleistungen zunehmend ein Outsourcing an nichtstaatliche Unternehmungen erfahren, so etwa an private Sicherheitsdienste oder Bewachungseinheiten.

– An der Urbanisierungsfront können rasch Konflikte über Territorien und Rohstoffressourcen entstehen sowie Unsicherheit und soziale Unruhen, entsprechend den prekären sozioökonomischen und umwelttechnischen Bedingungen. Spannungen entladen sich manchmal gewalttätig, besonders bei der Rohstoffübergabe oder staatlichen Aufräum- und Erneuerungsprogrammen.

Die wichtigsten Kleinwaffenexporteure

– Im Jahr 2012 waren die Topexporteure von Klein- und Leichtwaffen (mit jährlichen Expor-

ten von mindestens 100 Millionen US-Dollar) gemäss den verfügbaren Daten der UNO-Rohstoff-Handelsstatistik in absteigender Reihenfolge die USA, Italien, Deutschland, Brasilien, Österreich, Südkorea, Russland, China, Belgien, Tschechische Republik, Türkei, Norwegen und Japan.

- Die Spitzenimporteure im gleichen Jahr, derselben Statistik entnommen, sind die USA, Kanada, Deutschland, Australien, Frankreich, Grossbritannien, Thailand und Indonesien.

- Die fünf grössten Exporteure von Kleinwaffen von 2001–2012 waren gemäss verfügbaren Quellen (in absteigender Reihenfolge) die USA, Kanada, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien.

- Es gibt nur wenige Hinweise, dass der Arabische Frühling erhebliche Auswirkungen auf die Politik der bedeutendsten Exporteure von Kleinwaffen in den Mittleren Osten und nach Nordafrika gehabt hat.

- Exporteure von Kleinwaffen bewilligten Exporte an nichtstaatliche bewaffnete Gruppen, die geneigt sind, gegen Extremistenorganisationen zu kämpfen – ungeachtet des Risikos von Missbrauch oder Weiterverbreitung.

Waffen in Rebellen in Nord-Mali

- Bewaffnete Gruppierungen sind besser bewaffnet, als sie es noch vor einem Jahrzehnt waren, vor allem mit Waffen grösseren Kalibers. Von besonderer Bedeutung ist der Besitz von manngestützten Luftabwehrsystemen (Manpads) von Jihadisten, auch wenn viele davon möglicherweise funktionsunfähig sind.

- Rebellen benützen Material, das weitgehend aus sowjetischen und chinesischen Beständen aus dem Kalten Krieg stammt, ebenso aber auch neueres Material aus Bulgarien und China, sowie weiteren Herkunftsländern.

- Es macht den Anschein, dass viel von diesem Material aus Militärdepots in Mali abgezweigt wurde. Ebenso waren lybische Depots eine wichtige Quelle für erobertes Armeematerial, einschliesslich der häufiger entwendeten grosskalibrigen Waffen.

- Gewalttätige Jihadisten werden zu einer konstanten Bedrohung in Nord-Mali.



Amphibienfahrzeuge im Indischen Ozean

- Die Anzahl registrierter privater Sicherheitsunternehmen mit maritimer Ausrichtung stieg seit 2010, dem Jahr, als die internationale Übereinkunft über Sicherheitsunternehmen in Kraft trat, von 56 auf über 400 im Jahr 2014, stationiert in 65 Nationen.

- Über gepanzerte Amphibienfahrzeuge gibt es kein öffentlich zugängliches Register, das Jahrbuch weist darauf, dass 2014 ca. 30 solcher Fahrzeuge im Indischen Ozean im Einsatz waren. Einige davon können bis zu 1000 Feuerwaffen inklusive zugehöriger Munition aufnehmen.

- Es gibt keine internationalen Übereinkommen für gepanzerte Amphibienfahrzeuge, der Umgang damit variiert in der Praxis beträchtlich.

- Es herrscht Konsens darüber, dass der Versuch, neue Märkte durch Kostensenkung und Vernachlässigung von Sicherheitsstandards zu erschliessen, bestehende Bemühungen unterwandert.

www.smallarmssurvey.org

Publikationen

Ich bestelle

..... Ex. **Probenummern** der **FRIEDENSZEITUNG**. 4 Ausgaben im 2017, gratis

..... **Abonnement** der **FRIEDENSZEITUNG** für 50 Franken jährlich (vier Ausgaben)

..... Ex. dieses **Jahresberichtes 2016** des SFR. 24 Seiten, Februar 2017, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2017** mit 12 Kalenderblättern zu Thailand, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2015** des SFR. 24 Seiten, Februar 2016, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2016** mit 12 Kalenderblättern zu Kuba, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2014** des SFR. 24 Seiten, Februar 2015, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2015** mit 12 Kalenderblättern zu Sumatra, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2013** des SFR. 24 Seiten, Februar 2014, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2014** mit 12 Kalenderblättern zu Nepal, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2012** des SFR. 24 Seiten, Februar 2013, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2011** des SFR. 24 Seiten, April 2012, Fr. 5.–

..... Ex. der Broschüre **Gegen modernes Söldnertum**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. 28 Seiten, Dezember 2011, Fr. 5.–

..... Ex. **SFR-Newsletter Juni 2011** zu Ostermärschen und Kleinwaffen, 8 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2010** des SFR. 24 Seiten, April 2011, Fr. 5.–

..... Ex. Argumentenkatalog **Schutz vor Waffengewalt** zur Volksabstimmung vom 13.2.2011. Dezember 2010, 52 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Reader «Kriegsgebiet Kinderzimmer»**. Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung. Dezember 2009, 256 Seiten, Fr. 20.–

..... Ex. Broschüre **Konfliktprävention**. Zivildienstleistende im öffentlichen Raum. Dezember 2008, 12 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. Broschüre **Das Geschäft mit dem Krieg**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. Dezember 2007, 28 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. Broschüre **Schöne neue atomare Welt**. Warum neue Atomkraftwerke kein Rezept gegen den Klimawandel sind. Juni 2007, 24 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. Broschüre **Wehrpflicht zur Debatte**: Berufsarmee, Freiwilligenheer, allgemeine Dienstpflicht? Dezember 2004, Fr. 5.–

..... Ex. SFR-Broschüre **Abschied vom In-seldasein**. Vom Ende der isolationistischen Neutralität zur kollektiven Sicherheit der UNO. 52 Seiten, Dezember 2000, Fr. 5.–

Ich will **Mitglied des SFR** werden:

☐ Fr. 50.– jährlich (Mitgliedschaft)

☐ Fr. 100.– jährlich (Mitglied & Jahresabo)

☐ Kampagne gegen Kleinwaffen (Fr. 20.–)

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich
oder **mailen** an info@friedensrat.ch